

K O M M U N A L K O N G R E S S 1 9 7 4

der Kommunalpolitischen Vereinigung
der CDU und CSU Deutschlands

Selbstverwaltung sichert Freiheit

Eröffnungsansprache

Dr. Horst Waffenschmidt, MdB

Bundvorsitzender der

Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU

Sperrfrist: Freitag, 8. 3. 1974, 10.30 Uhr

Dieser Kommunalkongreß 1974 der Kommunalpolitischen Vereinigung der Unionsparteien findet statt in einer Zeit höchster Gefahren für die Kommunale Selbstverwaltung. Mangelhafte Finanzausstattung für die ständig wachsenden Aufgaben, zunehmende Verplanung aller Lebensvorgänge durch den Staat, größere kommunale Einheiten, aber Ausbleiben von mehr Zuständigkeiten für bürgernahe Entscheidungen und dazu das imperative Mandat zahlreicher SPD-Bezirke lassen viele Kommunalpolitiker resignierend fragen: Was soll werden aus dieser Kommunalen Selbstverwaltung, die doch in so vielen Festtagsreden immer wieder gerühmt wird?

Andererseits kommen gerade heute immer mehr Erwartungen der Bürger auf die Städte, Gemeinden und Kreise zu, und die zahlreichen Bürgerinitiativen und auch parteilose Bürgermeisterkandidaten sind eine Herausforderung an die politischen Parteien, in der Kommunalpolitik noch besser, überzeugender und effektiver zu arbeiten.

In diese Situation hinein haben wir das Generalthema dieses Kongresses bewußt ausgewählt: "Selbstverwaltung sichert Freiheit". Als Kommunalpolitiker der Unionsparteien sind wir zutiefst davon überzeugt, daß bei den ständig zunehmenden öffentlichen Aufgaben der modernen Industriegesellschaft eine funktionsfähige Kommunale Selbstverwaltung mit eigenem Entscheidungsspielraum ■

Föderalismus

in den örtlichen Angelegenheiten eine der besten Sicherungen ist gegen die Gefahren des Dirigismus und des Kollektivismus in alle Lebensbereiche hinein. Kommunale Selbstverwaltung, Soziale Marktwirtschaft und möglichst viele freie Trägerschaften gesellschaftlicher Gruppen für kulturelle und soziale Aufgaben sind tragende Elemente unserer Gesellschaftspolitik, die am besten die vielen Entscheidungen für unser Zusammenleben als Bürger entflechten, überschaubar machen, dezentralisieren und damit auf viele verantwortliche Bürger verteilen können. Damit sind sie die besten Garanten unserer Freiheit. Zugleich sichern sie den notwendigen Wettbewerb in Leistung, Einsatzbereitschaft und Ideen, wovon aller echter sozialer Fortschritt kommt.

Diese Haltung trägt uns für diesen Kongreß und für die tägliche Arbeit im kommunalen Bereich klare Aussagen und Aufgaben auf. Dazu werden Helmut Kohl und Franz Josef Strauß eingehend Stellung nehmen. Lassen Sie mich dazu für die Kommunalpolitiker der Unionsparteien 3 Bereiche kurz ansprechen:

1. Alarmierend ist die Finanzsituation unserer Städte, Gemeinden und Kreise. Wir fordern die Bundesregierung auf, endlich dafür zu sorgen, daß die kommunalen Körperschaften eine Finanzausstattung erhalten, die den ihnen übertragenen

Aufgaben gerecht wird. Kann denn noch deutlicher gesprochen werden, als es die Innenminister aller Bundesländer und aller Parteien in den letzten Monaten mehrfach taten und noch eindringlicher als es alle Kommunalen Spitzenverbände mehrfach getan haben? Dieser Bundesregierung ist bescheinigt, daß die kommunalen Körperschaften finanziell nicht mehr in der Lage sind, die übertragenen Aufgaben zu erfüllen. Eine entscheidende Ursache ist dafür die von der Bundesregierung mit zu verantwortende inflationäre Entwicklung. Da helfen nun keine wolkigen Erklärungen mehr und keine politische Gesundbeterei. Jetzt können nur überzeugende Taten helfen: Eine solide Haushaltspolitik, die nicht mehr verspricht als sie bezahlen kann und endlich eine Verteilung der Finanzmittel entsprechend den Aufgaben, die den Städten, Gemeinden und Kreisen übertragen wurden. An die Adresse von Bundeskanzler Brandt muß deutlich ausgesprochen werden: Es ist ein unentschuldbarer und folgenschwerer Fehler dieser Bundesregierung, daß sie die Gemeinden so im Stich gelassen hat und immer weiter in die Verschuldung treiben läßt. Andererseits werden ständig neue sogenannte Reformvorhaben im Bundestag verabschiedet, die neue Lasten für die Gemeinden bringen, ohne das notwendige Geld mitzuschicken und die sicheren Folgekosten entsprechend zu beachten. Das ist Augenwischerei und letztlich auf Dauer Irreführung der Bürger. Diese notwendigen.

Feststellungen wiegen sehr schwer gegenüber einem Bundeskanzler, der als langjähriger Bürgermeister und Präsident des Deutschen Städtetages genau weiß, um was es geht, aber trotzdem nicht entsprechend handelt.

2. Neben der mangelhaften Finanzausstattung ist der zweite große Problembereich, dem sich die Kommunale Selbstverwaltung gegenüber sieht, die Aushöhlung durch immer mehr staatliche Planung bis in die örtlichen Lebensbereiche hinein und das Ausbleiben der schon so oft versprochenen Verlagerung von Aufgaben nach unten in die Nähe des Bürgers.

Darum müssen wir auf diesem Kongreß erneut deutlich und unmißverständlich aussprechen: Wer erst mit vielen Folgen für die Bürger bisherige Gemeinden auflöst, dann aber nicht bereit ist, den größeren Städten und Gemeinden ein Mehr an Planungs- und Entscheidungsrechten zu geben, der beraubt jede kommunale Neuordnung ihres Sinnes, macht die Forderungen nach bürgernaher Verwaltung unglaubwürdig und steigert nur die Staatsverdrossenheit der Bürger. Deshalb fordern wir Bund und Länder auf, die Zuständigkeitsreform, die Funktionalreform, im Interesse der Bürger und der Leistungsfähigkeit der Kommunalen Selbstverwaltung endlich schneller voranzutreiben. Vorschläge und Modelle liegen dafür inzwischen in großer Anzahl vor.

Für das neue Bundesraumordnungsprogramm und für die vielen Bundesfachplanungen muß der Grundsatz gelten: Rahmenpläne ja, aber keine Entscheidungen bis in die örtlichen Einzelheiten vom Grünen Tisch aus! Und in den Rahmenplänen mehr Chancengerechtigkeit bei den anstehenden Entwicklungsaufgaben in städtischen und ländlichen Bereichen.

Allerdings muß die örtliche Kompetenz, wo sie gegeben ist, vielerorts besser für den Bürger wahrgenommen werden, als dies heute geschieht. Wenn z.B. die Sozialdemokraten heute die fehlende Lebensqualität in manchen Großstädten beklagen, dann klagen sie meistens ihre eigene Politik an, weil sie in vielen dieser Städte über viele Jahre die Mehrheit in den Rathäusern besaßen. Man hat kein Recht, über inhumane Städtebaupolitik zu klagen, wenn man selbst in großem Umfange unpersönliche Wohnsilos mit Mammutgesellschaften errichtet hat. Auch über diese Politik haben die Hamburger Wähler am Wochenende ein deutliches Wort gesprochen. Wir gratulieren an dieser Stelle unseren Freunden in Hamburg zu ihrem Wahlerfolg und ermutigen von diesem Kongreß aus gerade unsere Freunde in den Großstädten, mit ihrer Arbeit fortzufahren und klare Alternativen zur sozialistischen Stadtentwicklungspolitik aufzuzeigen, wie es z.B. in Hamburg überzeugend geschehen ist. Wir haben zur Unterstützung dieser Arbeit einen besonderen Arbeitskreis "Große Städte" in der KPV geschaffen, der

inzwischen zu einem großen Forum des Informations- und Ideenaustausches geworden ist.

3. Weil wir Selbstverwaltung für die Freiheit wollen, darum sagen wir auf diesem Kongreß ein klares Nein zum Imperativen Mandat. Wer das Imperative Mandat unterstützt oder duldet, zerstört die Kommunale Selbstverwaltung und unsere parlamentarische Ordnung überhaupt. Weil der Bundeskanzler als Parteivorsitzender der SPD und der SPD-Vorstand nicht die Kraft finden zum eindeutigen entschiedenen Handeln gegen das Imperative Mandat, greift dieses Verhalten in der SPD wie eine Seuche um sich. Schon hören wir von neuen Formen dieses Imperativen Mandats in Hannover. Dort soll der Nachfolger für den ausgeschiedenen Oberstadtdirektor sich zunächst der Inquisition durch die Parteikader der SPD stellen, und von deren Entscheidung hängt es dann ab, ob die Stadtverordneten der SPD ihn dann zum Chef der Stadtverwaltung wählen dürfen. Wir lehnen es ab, daß die freien Mandatsträger zu Marionetten der Partei-Ideologen degradiert werden. So und auf vielen anderen Wegen breiten sich sozialistische und marxistische Ideologien in zahlreichen Bereichen aus. Die FDP muß sich fragen lassen, wie lange sie einer solchen SPD immer wieder in die Regierungsverantwortung helfen will.

Wir in den Unionsparteien wollen, besonders für den kommunalen Bereich, die Zusammenarbeit zwischen Mandatsträgern

und Bürgern weiter intensivieren durch Einrichtungen der Bürgerberatung, der verstärkten Bürgerinformation und durch vermehrte Anhörung der Bürger vor wichtigen, sie betreffenden Ratsentscheidungen. Was auf diesem Gebiet in den letzten Monaten von den Landesregierungen unter Führung der Unionsparteien und den Kommunalpolitikern der Union an neuen Modellen und Hilfen für den Bürger erarbeitet worden ist, sollte im gesamten Bundesgebiet Anwendung finden.

Wir möchten über diesen Kongreß und die Alltagsarbeit das Zusammenwirken mit vielen gesellschaftlichen Gruppen verstärken, die bereit sind, bei der Erledigung örtlicher Aufgaben mitzuhelfen. Denn unsere Mandatsträger wollen nicht die Allmacht der öffentlichen Hand, sondern sie wissen, daß das Leben einer Stadt oder einer Gemeinde letztlich davon abhängt, wieviele Bürger und Bürgergruppen bereit sind, für die Entwicklung des Gemeinwesens sich aktiv einzusetzen. Deshalb sprechen wir gerade auch als Kommunalpolitiker auf diesem Kongreß ein deutliches und ermutigendes Wort für alle Zusammenarbeit mit freien Trägern im sozialen und kulturellen Bereich.

In diesem Sinne lassen Sie uns an die Arbeit gehen!

Die Kommunalpolitische Vereinigung der Unionsparteien konnte in den letzten Monaten ihre Arbeit verstärken und intensivieren. Aber noch bleibt viel zu tun. Auf diesem Kongreß

wollen wir die Grundlagen für ein kommunalpolitisches Programm der Unionsparteien erarbeiten, das dann auf der nächsten Bundesdelegiertenversammlung verabschiedet werden soll. Die anstehenden Aufgaben sind die höchste Einsatzbereitschaft wert: Denn Selbstverwaltung sichert Freiheit!